

VEREINS=ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Die deutschen Gewerkschaften im Kampfe mit Polizei, Staatsanwalt und Gerichten.

Ein Rückblick auf das Jahr 1904.

I.

Wenn man die Gewohnheit hat, alle die Ausschnitte aus den Zeitungen zu sammeln, die von dem täglichen Guerillakriege zwischen Proletariat und Klassenstaat erzählen, so häuft sich im Laufe eines einzigen Jahres ein förmlicher Berg auf und die Ausgabe, dieses Material zu sichten und zu gruppieren, erfordert viel Zeit und Mühe. Über diese Arbeit lohnt sich und wenn man erst den Ekel und den Zorn überwunden hat, der einen bei der wiederholten Betrachtung dieser Berichte vom „Kriegsschauplatze“ ergreift, so steigt vor unseren Blicken der Klassenstaat in seiner ganzen Schönheit empor. Gleichzeitig aber füllt sich unser Proletarierherz mit Freude und Befriedigung, wenn wir beobachten, wie die deutsche Arbeiterbewegung, allen Heldenaten des Klassenstaates zum Trotz, siegreich auf ihrer Bahn forschreitet und, dem riesigen Simson gleich, die Fesseln zerreiht, in die Polizeiwillkür und Klassenjustiz sie zu verstricken sucht.

Und dabei redet man so gern von einem modernen Rechtsstaate, der auf dem Grundsatz des gleichen Rechtes für alle beruhe und dem das Prinzip der Gleichberechtigung aller Bürger als Maßnahmen diene. Bei der Auseinandersetzung die Eselsohren des Klassenstaates aus der Rövenhaut des Rechtsstaates nur zu deutlich hervor. In der Tat beobachten wir täglich, daß die Behörden, anstatt als Hüter des Rechts und unparteiische Diener des Volkes im wirtschaftlichen Kampfe Neutralität zu wahren, offenkundig und ohne Scheu auf die Seite der Unternehmer treten und die Interessen des Geldsacks höher stellen als die Allgemeininteressen und die Forderungen einer vernünftigen Sozialpolitik. Sie vergessen eben ganz, daß sie im Dienst des gesamten Volkes stehen und aus dem Steueräfeln entlohn werden, in den nicht nur die Markstücke der Kapitalisten hineinstießen, sondern auch die sauer erworbenen Arbeitergrossen. Die Herren Beamten, die selbst nach einer guten Bezahlung und angenehmen Arbeitsbedingungen streben — abgesehen davon, daß sie sich in einer gesicherten Lebensstellung befinden — scheinen dieses selbe Streben des Arbeiterstandes für etwas Schädliches und darum Verdammenswertes zu halten, denn sie finden fast ausnahmslos ihre Befriedigung darin, den organisierten, um eine Besserung ihrer Existenz kämpfenden Proletariern möglichst viel Schnüppel zwischen die Beine zu werfen und ihnen das Leben ordentlich sauer zu machen.

Zu unserer größten Befriedigung können wir zunächst konstatieren, daß der deutsche Kaiser, dessen einschlägige Neuverordnungen früherer Jahre noch allgemein bekannt sind, im vergangenen Jahre keine Verauflistung genommen hat, sich zur modernen Arbeiterbewegung zu äußern. Dagegen lebt der Geist der bekannten Buchthausreden in den Behörden fort und nach wie vor zieht der Buchthausfürst seine Kreise in unserem öffentlichen Leben. Besonders die Gewerkschaften wissen ein Lied davon zu singen und man kann in dem täglichen Kleinkriege zwischen ihnen und dem Klassenstaate eine ganze Skala von Hindernissen beobachten, von den kleinlichsten Polizeizikanen bis zu den öffentkundigsten Gesetzesverleugnungen und Rechtsbeugungen. Nadelstiche lächerlichster Art, z. B. das Verbot einer roten Krawattschleife, wechseln mit Peulenschlägen wichtigsten Naturvers, z. B. der Verhaftung einer ganzen Lohnkommission, in lieblichstem Neigen ab, weshalb auch die Lektüre der erwähnten „Kriegsberichte“ zuweilen die Heiterkeit herausfordert, während sie an anderen Stellen wieder dem Leser die Zornesröte ins Gesicht treibt.

Da ist es denn kein Wunder, daß auch Männer aus bürgerlichen Kreisen sich gegen die einseitige Parteinaufnahme der Behörden aussprechen und darin einen verhängnisvollen Fehler erblicken. So schrieb der bekannte konservative Sozialpolitiker Professor Hans Delbrück in seinen „Preußischen

Jahrbüchern“ folgende beherrschenswerte Worte nieder: „Worüber haben sich die arbeitenden Schichten bei uns eigentlich zu beklagen? Es ist ja eine Übervielftheit zu meinen, daß durch bloße demagogische Agitation eine Partei von 3 Millionen Wählern wie die sozialdemokratische zustande gebracht wird. Es müssen große, überaus drückend empfundene Beschwerden vorhanden sein. Das, was die Arbeiterklasse empfindet, ist die Behandlung, die ihnen von Verwaltungs-, Polizei- und Justizbehörden zu Teile wird. Die Behörden nehmen in den Lohn- und Arbeitskämpfen die Partei der Unternehmer und die Arbeiter fühlen sich nicht als Gleichberechtigte. Hier muß vor allem eingesetzt werden mit der Besserung. Es handelt sich darum, in unserem ganzen Beamtenamt einen anderen Geist heranzubilden. Die große Mehrzahl der Beamten versteht es eben nicht anders, die Staatsautorität geltend zu machen, als durch möglichst schneidiges Auftreten und Eingreifen. Welch unerschämlichen Schaden ein solches Benehmen anrichtet, davon haben diese Herren gar keine Ahnung. Alles Arbeiten gegen die Sozialdemokratie, strenge Unterdrückung oder soziale Gesetzgebung, alles wird keine Wirkung haben, so lange nicht ein anderer Geist in unsere Behörden eingezogen ist.“ Über bis dies geschieht, können wir lange warten.

Was uns als Gewerksäfer vor allen Dingen interessiert, das ist die Frage, ob die Stellungnahme der Behörden im wirtschaftlichen Kampfe den Forderungen entspricht, die man an einen Rechtsstaat zu stellen berechtigt ist. Diese Frage müssen wir mit aller Entscheidlichkeit beantworten. Es entspricht nicht den elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit, daß die Behörden Licht und Schatten in ungleicher Weise verteilen. Ihr ganzes Tun und Lassen schlägt dem Grundgesetz ins Gesicht, den der deutsche Kaiser einstmals proklamierte, indem er sprach: „Die Arbeiter sind den Unternehmern gleichberechtigt und müssen als Gleichberechtigte behandelt werden. Man muß ihnen die Überzeugung bringend, daß sie als Gleichberechtigte behandelt werden.“ Ehe man uns diese Überzeugung bringt, wird wohl noch mancher Tropfen Wasser ins Meer fließen. Die einseitige Stellungnahme der Behörden widerspricht auch dem Grundsatz: „Gleiches Recht für alle“, da dieselben Leute, die für sich eine gute, auskömmliche und gesicherte Existenz haben oder erstreben, dieses gleiche Streben bei den Arbeitern zu vereiteln suchen. „Die Herren Beamten“, so können wir mit den Worten des Berliner Professors Steinhold sprechen, „stehen abseits vom Strome des wirtschaftlichen Lebens und schauen von der olympischen Höhe der Betrachtung den mit den Fluten ringenden zu. Sie kennen weder den furchtbaren Ernst dieses Kampfes, noch seine Technik. Sie sind in der überwiegenden Mehrzahl mit einem auskömmlichen Gehalt angestellt und dadurch der Sorge um das tägliche Brot entzückt. An festen Kalendertagen erhalten sie aus öffentlichen Kassen eine namhafte Summe, die einen beruhigenden Wirtschaftsplan für die ganze Lebenszeit bis zu dem stillen Ende im Pensionstand ermöglicht. Keine Handels- und Gewerbeleistung, keine Bankrotte oder böswillige Schulden, keine Arbeitslosigkeit, keine Umwälzungen in Technik, Wirtschaft, Markt oder Mode gefährden ihr Einkommen. Und so schwimmen sie behaglich in dem sanften Strome der gesicherten Existenz dahin.“

Aber das ist nun mal der Lauf der Welt: Jeder Mensch, der nach einer Verbesserung seiner Lebenslage strebt, wird geachtet; man nennt ihn einen „strebsamen Menschen“ und wünscht ihm Glück — nur wenn die Arbeiter mit Hilfe ihrer Organisationen ihre Lage verbessern wollen, weiß man dieses Streben zurück. So strebt der Beamte nach einem höheren Gehalt, nach besseren Advancementsverhältnissen und noch einer angenehmeren Stellung; Kaufleute, Handwerkmeister, Aerzte, Fabrikanten usw. streben nach mehr Verdienst und möglichst hohem Profit; die „nosleidenden“ Landwirte sind als Streber bekannt und auch die Geistlichen, deren Lohn eigentlich erst im besseren Jenseits winnt,

sind nicht faul, wenn es gilt, eine fettere Brücke zu erhalten. Selbst verschleierte Landesväter, z. B. der König von Preußen, haben bereits eine Erhöhung ihres Einkommens um Millionen beantragt und durchgesetzt mit der Begründung, daß sie mit dem bisherigen Einkommen nicht mehr auskommen könnten. Alle diese Leute begründen ihre Forderung mit dem Hinweise auf die gestiegenen Unzulänglichkeiten, die das Leben heutzutage an den Menschen stellt, im Gegensatz zu früher. Wenn es aber wahr ist, daß das Leben heute mehr kostet als früher, so fragt man sich als unparteiischer Mensch denn doch: „Warum will man die Arbeiter hindern, daß sie zu erstreben, was alle anderen Bevölkerungsschichten erstreben? Warum erklärt man ihr Streben nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen für eine Unverschämtheit, während man das der anderen für berechtigt und vernünftig erklärt?“ Auf diese beiden Fragen müssen doch die Herren Beamten einmal klipp und klar Antwort geben.

Bei einer solchen Lage der Sache sind die Arbeiter, insbesondere die gewerkschaftlich und politisch organisierten, gezwungen, einen ununterbrochenen, zähen und hartnäckigen Kampf zu führen gegen Klassenmoral und Klassenstaat. Einige Episoden aus diesem Kampfe mit den Schergen des Geldhabs mögen wir unseren Kollegen nunmehr vor Augen führen.

Die Lohnklasseneinteilung bei der Invalidenversicherung.

III.

Die Höhe einer Invaliden- oder Altersrente richtet sich bekanntlich nach der Zahl der Beiträge und nach der Klasse, in der sie geleistet wurden. Es ist deshalb eine Versprechung der gesetzlichen Bestimmungen, nach welchen die Klasseinteilung vorzunehmen ist, wohl angebracht, um so mehr, als die Kenntnis der sehr verwickelten Bestimmungen noch sehr wenig Eingang in den beteiligten Kreisen gefunden hat.

Der Mangel an Kenntnis der einschlägigen Bestimmungen wird auch von einzelnen Versicherungsanstalten empfunden, namentlich dort, wo die Beitragssachen durch die Unternehmer eingeklebt werden, da diese, wie sich aus der Tätigkeit der Kontrollbeamten ergibt, vielfach zu niedrige Beitragssachen verwenden und demzufolge mit Strafen gegen diese Unternehmer vorgegangen werden müssen.

Nach § 34 des Invalidenversicherungsgesetzes sind für die Versicherten folgende Lohnklassen gebildet:
Klasse I bis zu 350 M einschließlich jährliches Einkommen
" II von mehr als 350 M bis 550 M jährl. Einkommen
" III " " 550 " 850 "
" IV " " 850 " 1150 "
" V " " 1150 "

Für die Budgehörigkeit zu den Lohnklassen ist aber nicht der tatsächliche Jahresarbeitsverdienst maßgebend, sondern ein Durchschnittsbetrag und zwar gilt als solcher: Für Mitglieder einer Orts-, Betriebs-, Bau- oder Kunstabfertenkasse der 300fache Betrag des für ihre Krankenkassenbeiträge maßgebenden durchschnittlichen Tagelohnes, im übrigen gewöhnlich der 300fache Betrag des ortüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter des betr. Beschäftigungsortes.

Aber ist aber für die Festsetzung der Höhe der durchschnittlichen Tagelöhne nach § 20 und 22 des Krankenversicherungsgesetzes ein weiter Spielraum gelassen, indem es lediglich von der Einschließung der einzelnen Krankenkassen abhängt, in welcher Höhe sie diese festsetzen will. Natürlich sind dann auch diese Festsetzungen innerhalb des gegebenen Spielraumes sehr willkürliche und entsprechen den tatsächlichen Verhältnissen zum Teil wenig oder garnicht.

So teilt eine Krankenkasse ihre Mitglieder nur in männliche und weibliche, eine andere nach der Berufsstellung in Gesellen und Lehrlinge, eine dritte hat ihre Mitglieder nach dem Arbeitsverdienst in zwei bis drei Klassen, eine vierte nach dem Arbeitsverdienst in acht Klassen eingeteilt. Diese willkürlichen Festsetzungen der durchschnittlichen Tagelöhne bei den Krankenkassen wirken nun natürlich auch ganz verschiedenartig in bezug auf die Klasseinteilung bei der Invalidenversicherung, so daß garnicht selten an einem und demselben Ort für Arbeiter eines Berufes und mit demselben Verdienst Beitragssachen verschiedener Lohnstufen gelebt werden.

So werden beispielsweise für einen Arbeiter, der bei einem Kunstabfertner arbeitet, nur Beitragssachen der

zweiten Lohnklasse verwendet, während für einen anderen Arbeiter desselben Berufs mit dem gleichen Verdienst jene der vierten Lohnklasse verwendet werden müssen, weil sein Arbeitgeber nicht Mitglied der Unzusage ist und die bei ihm beschäftigten Personen einer anderen Krankenkasse angehören. Wenn dann ein Arbeiter viertes gewungen ist, die Arbeit zu wechseln, demzufolge auch wieder Mitglied einer anderen Krankenkasse wird, so kann ihm dadurch, daß Werken einer niederen Lohnklasse in seine Quittungskarte eingeliebt sind, nicht selten die Erklärung einer lohnenden Beauftragung erüthert sein, weil die Arbeitgeber häufig aus den eingeliebten Werken Schlüsse auf den früheren Verdienst ziehen.

Namentlich aber werden die Mitglieder einer freien Hülfskasse, die auf Grund dieser Mitgliedschaft von einer sogenannten Zuwangsklasse berechtigt sind, durch diesen merkwürdigen Modus der Klasseneinteilung, wohl ohne es zu wissen, in den meisten Fällen benachteiligt. Für diese wird, wie schon angeführt, als Jahresarbeitsverdienst der 300fache Betrag des üblichen Tagelohnes zugrunde gelegt, der bekanntlich nur selten dem tatsächlichen Verdienst eines gelehrten Arbeiters entspricht. Ebenso benachteiligt sind natürlich auch die Versicherten, die in Erinnerung einer Ortskrankenkasse aus der Gemeindekrankensicherung angewiesen sind, da auch für diese der übliche Tagelohn zugrunde zu legen ist. Einige Beispiele mögen die verschiedenartige Wirkung etwas näher beleuchten.

Eine Ortskrankenkasse hat ihre Mitglieder in sechs Klassen eingeteilt; der höchsten Klasse werden alle Versicherten mit einem täglichen Arbeitsverdienst von 3.60 M. und mehr zugeteilt. Für diese Klasse beträgt der durchschnittliche Tagelohn 4 M. Der für die Invalidenversicherung sich ergebende Jahresarbeitsverdienst beträgt demnach $300 \times 4 = 1200$ M., so daß alle diese Mitglieder der fünften Lohnklasse (Jahresarbeitsverdienst von mehr als 1150 M.) zugetellt werden. Bei diesem Beispiel wird nun dieser Grundzog der Einteilung für einen Teil der Mitglieder günstiger, da solche mit 3.60 M. täglichem Verdienst tatsächlich jährlich nur 1080 M. verdienen. Wenn dieser tatsächliche Verdienst also maßgebend wäre, würden sie nur der vierten Lohnklasse angehören.

Anders liegt aber der Fall bei einer Krankenkasse, die ihre Mitglieder nur in zwei bis drei Klassen eingeteilt hat, wobei der höchste durchschnittliche Tagelohn nur 2.50 M. beträgt. Der maßgebende Jahresarbeitsverdienst beträgt in diesem Falle $300 \times 2.50 = 750$ M., so daß demnach alle Mitglieder dieser Klasse nur Beitragssachen der dritten Lohnklasse geliebt erhalten, obwohl zweifellos solche sich darunter befinden, die täglich mehr als 2.50 M. verdienen und nach ihrem tatsächlichen Verdienst der vierten oder fünften Lohnklasse angehören müßten. Genau so verhält es sich bei den Mitgliedern einer freien Hülfskasse oder denen einer Gemeindekrankensicherung, da der übliche Tagelohn, der hierbei maßgebend ist, 3 M. kaum übersteigen dürfte, demnach gewöhnlich nur Beitragssachen dritter oder höchstens viertter Lohnklasse verwendet werden.

Das Gesetz läßt nun allerdings die Möglichkeit offen, die Versicherung in einer höheren als der Lohnklasse, die nach den besprochenen Bestimmungen in Betracht kommt, zu beanspruchen. In diesen Fällen ist jedoch der auf den Arbeitgeber entfallende Teil des Betrages, sofern nicht die Versicherung in der höheren Lohnklasse von dem Arbeitgeber und dem Versicherer vereinbart ist, nicht nach der höheren, sondern nach der für den Versicherer maßgebenden Lohnklasse zu bemessen. Von dieser Bestimmung wird aber anscheinend sehr wenig Gebrauch gemacht.

Giebt man nun einen Schluß aus vorstehenden Erörterungen, so muß gesagt werden, daß der § 34 des Invalidenversicherungsgesetzes mit einer solch widersprechenden Wirkung den Interessen der Versicherten nicht entspricht. Eine Gleichmäßigkeit in der Beitragssentrichtung tritt nur dann ein, wenn der tatsächliche Arbeitsverdienst dafür zugrunde gelegt wird. Unter den gegebenen Verhältnissen kann eine Besserung jedoch dadurch erreicht werden, daß die Krankenkassen ihre Klassifizierung mehr nach dem wirtschaftlichen Arbeitsverdienst vornehmen. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit für die Krankenkassennmitglieder, der Ausgestaltung der Krankenkassen ein erhöhtes Interesse entgegenzubringen.

Lohnbewegung.

Nach Dessau muß der Zugang von Malern und Lackierern streng gehalten werden.

Zur Generalversammlung.

Derzeit konzentriert sich die Aufmerksamkeit unserer Kollegen auf die bevorstehende Generalversammlung. In den Filialen und Zahlstellen wird hierzu in der einen oder anderen Weise Stellung genommen und vor allem sind es bekanntermaßen die vom Vorstand beantragten Aenderungen, mit denen man sich eingehend beschäftigt. Diese geistige Neigung unter den Mitgliedern ist ein erfreuliches Zeichen und es wäre nur zu begrüßen, wenn diese innerhalb des Vereinslebens nur ständig wahrzunehmen wäre und nicht bloß dann, wenn eine Generalversammlung vor der Türe steht. Das Verbandsorgan ist die geeignete Stätte, allen Kollegen die verschiedenen Meinungen, Wünsche und Anregungen aus den Mitgliederkreisen hinzugeben. Dies ist unbedingt notwendig, soll über die einzelnen Punkte unter der Masse Selarkeit geschaffen und so vorbereitend auf die Verhandlungen der Generalversammlung hingewirkt werden. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die geplante Diskussion von günstigem Interesse im Interesse unserer Vereinigung ist, kleinliche Punkte vorweg auszuhalten und sich den Blick nicht durch vorherrschende ungünstige lokale Verhältnisse trüben zu lassen, wie z. B. sehr deutlich aus dem Artikel des Kollegen J. W. Würzburg in der vorigen Nummer hervorgeht. Daher geht der notwendige Weitsicht verloren. Engherzigkeit und Pessimismus wirken lärmend auf ein gesundes, tatkräftiges Streben, das die Quintessenz in jeder Organisation ist.

Nur so ist es zu verstehen, daß Kollege J. W. die einfachsten Tatsachen ihrem Wesen nach verkennt und alle Schuld des Weisheitsfolges auf das „verfehlte System“ abwälzen sucht. Derartige Kundgebungen sind aber durchaus nicht neu und aus der Geschichte so mancher Filialen, auch süddeutscher, festzustellen. Entscheidend anzutreffen ist aber die Ansicht, daß die große Mehrzahl der Delegierten nicht die Überzeugung hätte, in Deutschland gebe es auch noch Gegenden, in denen die Kollegen eine ganz unerhörliche Weitläufigkeit den Bestrebungen der gewerkschaftlichen Organisation entgegenbringen. Wir verkennt gemäß nicht die Schwierigkeiten, mit denen die täglichen Ver-

waltungsmitglieder in so vielen Filialen zu kämpfen haben und trotz jahrelangem Mühen schwer Erfolg, keine sogenannten Ausichten vor sich sehen. Diese Schwierigkeiten treten besonders da noch schärfer hervor, wo ein großer Teil der Verschageten in den umliegenden Ortschaften wohnt und nur durch Hausagitation die Bewegung festen Fuß fassen kann und dann durch regelmäßiges Hausagieren festgehalten werden muß. Dies trifft aber nicht allein für Würzburg zu, eine ganze Reihe von Filialen können wir anführen, wo die Kollegen stundenweit entfernt wohnen. Wir nennen nur Cassel, Darmstadt, Frankfurt a. M., Heidelberg, Mainz, Wiesbaden usw. Also nicht gleich nulllos die Klinte ins Kora werden wollen. Nunmehr überzeugte Kämpfer kennen doch zu genau den harten Boden, der zu bearbeiten ist und kein Wundergut darstellt und kann diese Pioniere entmobilisieren. Was dieses Jahr nicht gelang, wird im kommenden glücken oder doch mindestens die Wege dazu ebnen. Haben wir nicht Dutzende von Fällen aus unserem Vereinsleben, die uns als leuchtendes Beispiel dienen? Mögen nur die Zweier einen Vergleich von verschiedenen Filialen nach den Abrechnungen aus den letzten 4 Jahren aufstellen und bedenken, daß allen sich jetzt erfreulich entwickelten Filialen der Fortschritt nicht mühselig in den Schoß gesunken. Röhre, unverwüstliche, plausibele Agitationsarbeit ist das Zaubermittel, das bahnbrechend wirkt, trotzdem und allem. Selbstverständlich war es überall Ausgabe der Verwaltungen, Kollegen heranzuziehen, die sich mit Lust und Liebe dieser öfterreichen Ausgabe hingeben. Mit den geringsten zur Verfügung stehenden Mitteln ging man unverzagt und vertrauensvoll an die Arbeit und der Erfolg blieb nicht aus. Überall fing die Bewegung in diesen Filialen klein an, waren wenig Mittel vorhanden und ebenso wie heute der schlimmste Feind: der Überstand der Massen. Das Fundament zu einer guten örtlichen Organisation haben stets die am Orte anwesenden Kollegen selbst errichtet, aus eigener Kraft sich Bedeutung und Einfluss zu eringen, darüber hinaus alles Voraussetzen nicht hinweg.

Arbeitslosenunterstützung.

Die Zahl derjenigen, die vor zwei Jahren noch gegen die Arbeitslosenunterstützung waren, wird zur diesjährigen Generalversammlung schon sehr gemindert sein. Es ist also auf Annahme einer derartigen Vorlage zu rechnen; aber auch nur dann, wenn die Unterstützung höher und weitgehender ausgebaut wird.

Durch die Beobachtung der Bewegung anderer Gewerkschaften bin ich ebenfalls zum Paulus beföhrt worden. Wir haben zwar schon die Krankenunterstützung, die uns, was man befürchtete, den Kampfscharakter keineswegs genommen hat. Unstreitig haben wir damit die Mitglieder mehr an die Vereinigung gefestigt und in der Werbe-Agitation mehr Kämpfer gewonnen; ich verweise nur auf die verschiedensten Artikel darüber in unserem Organ.

Sie halte es für unnötig, da eine Arbeit unterstützung am ersten auf Sympathie rechnen kann, auf folgendes hinzuweisen: die Kollegen in den größeren Städten müssen notgedrungen, da sie bei Krankheitfällen von einer Krankenkasse höchstens wöchentlich nur 12 M. erhalten, noch einer Zuschüfkrankenkasse beitreten, um wenigstens die nötigen Bedürfnisse befriedigen zu können, was wieder eine Ausgabe von 40–50 M. pro Woche ausmacht.

Geben wir daher den Kollegen die Möglichkeit, daß sie keiner Zuschüfkasse anderweitig angehören brauchen, bauen wir unsere Unterstützung so aus, daß ihm im Krankheitsfalle und bei Arbeitslosigkeit mindestens 9–10 M. pro Woche gewährt werden, dann werden Beiträge von 80 M. bis 1 M. pro Woche dem einzelnen nicht schwerer fallen, als jetzt die Beiträge von 40–50 M. Wenn dem Kollegen auch im Krankheitsfalle nicht sofort als in einer Zuschüfkasse geboten wird, so hat er doch die Versicherung, auch etwas bei Arbeitslosigkeit zu erhalten.

Un Orten, wo die Löhne niedriger, die Lebensmittel und Miete nicht so hoch sind, können Leistungen und Beiträge dementsprechend geregelt werden, desgleichen für jüngere ledige Kollegen.

Bedenken wegen der großen Arbeitslosigkeit, die gerade unser Beruf mit sich bringt, habe ich auf Grund der verfolgten Arbeitslosenstatistiken nicht, denn wir können dadurch noch viele fernstehende gewinnen und zu dem sind doch alle auch nicht arbeitslos oder frank, es wird nicht zu hoch sein, wenn ich 40 Proz. annehme. Wenn der Schreiber die bisher vom Vorstand veranlaßten Statistiken verfolgt hat, wird er doch nicht 40, sondern durchschnittlich 70 Proz. gefunden haben. Mit diesem Resultat stimmen auch fast alle von Filialen unternommene Statistiken überein, wir verweisen nur auf die längere Zeit vorgenommenen überlässigen monatlichen Bählungen der Filiale Hamburg-D. Med. Das gegen Aussicht von gewissenlosen Kollegen durch entsprechende Kontrolle vorgebeugt werden muß, ist wohl selbstverständlich; auch ist von der Unterstützung noch kein Schlemmerleben zu führen, wenn folgende Tabelle bei 80 M. Beitrag nach bestimmter Dauer der Mitgliedschaft sympathische Beachtung findet.

Dauer der Mitgliedschaft	Unterstützung pro Tag	Anzahl der Unterstützungsstage
1 Jahr	1.50 M.	25 Tage
2 "	1.50 "	30 "
3 "	1.50 "	35 "
4 "	1.50 "	40 "
5 "	1.50 "	45 "
6 "	1.50 "	50 "
7 "	1.50 "	55 "
8 "	1.50 "	60 "

Sie wird dahin abändern sein, daß es heißt: von 3 Tagen ab. Demnach käme die höchste Auszahlung auf 90 M.; bei Krankheitsversicherung werden 78 Tage mit 2 M. pro Tag gleich 168 M. in der ersten Klasse von den meisten Fällen gezahlt und wer einmal einer solchen Klasse angehört, trägt stets Sorge, daß er die Mitgliedschaft nicht verliert; dasselbe würde dann in unserem Verbande der Fall sein, sobald er nach jeder Seite hin versichert ist. Wenn auch hier bloß 10 Wochen als weitgehendste Leistung anzusehen sind, kann dieselbe ja späterhin noch besser ausgebaut werden.

Dresden.

Von Seiten des Vorstandes ist in Nr. 52 des Vereins-Anzeigers der Vorschlag gemacht, die Agitationskommissionen dreigliedrig wie bisher zu belassen.

Die Agitation, insbesondere die mündliche, drängt sich im allgemeinen auf das zweite und dritte Quartal zusammen.

Da gilt es für die Kommission, keinen Sonntag zu verpassen, um agitatorisch tätig zu sein.

Umstände bringen es mit sich, daß oft an einem Tage die Kommission nach zwei und drei Orten verlangt wird,

so daß die ganze Kommission „aufgebraucht“ ist. Eine Liste anzulegen, um redundante Kollegen vorzutunen, scheint wohl im allgemeinen davon, weil solche Kollegen erst zu erzielen sind. Zur Erziehung gehört vor allen Dingen aber, daß die Kollegen sich schon in der Kommission etwas ausbilden können. Eine dreigliedrige Kommission ist dazu aber nicht geeignet. Die Dreigliedrigkeit einer dreigliedrigen Kommission ist Illusion, wenn eine Person ist, was sehr leicht möglich ist, und die Sitzungen schnell hintereinander folgen. Meine Ansicht besteht darin, daß jede Kommission sich eine Geschäftsführung anpasst, und daß alle gesuchten Beschlüsse in ein Protokollbuch niedergelegt werden. Mindestens alle vier Wochen hat eine Sitzung stattzufinden. Die Kommission ist fünfzig Prozent zu bestimmen; finanzielle oder sonstige Nebenkosten können nicht ins Bild geführt werden. Andere Centralverbände haben ebenfalls fünfgliedrige Kommissionen.

Da voraussichtlich die stattfindende Generalsversammlung einschneidende Neuerungen vornehmen wird, so wird dieser Vorschlag dazu beitragen können, die Frage, ob drei- oder fünfgliedrige Kommissionen vorteilhafter sind, mit zu erwägen sein.

R. Uhlig, Chemnitz.

Aus unserem Berufe.

+ Saarabische Zustände. In der Waggonfabrik von Peter Schneider in Schmelzing bei Merzig a. d. Saar (Trier) sind Zustände vorhanden, die erfordern, daß Kollegen diesen Betrieb meiden. Unter den Wissenden, berichtet man uns, steht vor allem das Ost und Logisunwesen in schönster Blüte. Durch allerhand verlockende Versprechungen, werden stets junge Leute herangezogen, sind sie erst einmal da, dann sind sie auch richtig verkauft. Von einer reizmäßigen Lohnzahlung kann hier keine Rede sein; man erhält nur auf ausdrückliches Vorberufen einige Groschen, bald 1 M., bald auch 2 M. Die Kostenverhältnisse lassen, was Zubereitung, Reinlichkeit anbetrifft, nicht zu wünschen übrig. In einem Raum, der nicht große Unähnlichkeit mit einem Hundestall besitzt, ist weder ein Kleiderkasten, noch sonst etwas; daß ganze Inventar bildet ein Bett, in dem ein Gehüse mit dem Lehrling schlafend und es tritt nicht selten der Fall ein, wo sogar drei Männer in einem Bett kampieren müssen. Die Lackierer werden meist auf eigene Rechnung arbeiten; die Lackierpreise für Geschäftswagen und Kreisels bezogen gewöhnlich 45–50 M. 20 Prozent gehen davon sofort für den Unternehmer ab, bleiben mirhin nur 36 M. Von diesen 36 M. ungefähr 15 M. für Auslagen an Farben, Lack usw. gerechnet, verbleiben noch 21 M. Ein Wagen von dieser Sorte erfordert eine Arbeitszeit von 8–10 Tagen. Kostenbeitrag beträgt pro Tag 1 M. Miete ungefähr 35 M. pro Tag, das wären 18.50 M. in 10 Tagen, abzüglich 21 M. ist der Rest 7.50 M. Ferner muß man sich noch Heizung und Beleuchtung selber stellen; da kommt es so weit, daß ein Lackierer noch Geld mitbringen muß.

+ Die Prophylaxis gegen die Bleivergiftungsfahr auf Leipzig wird illustriert durch eine Erhebung unserer Leipzigser Kollegen über die Einhaltung der Verordnung des Leipziger Rats zur Verhütung von Bleierkrankungen vom Juli 1903. Die Maler und Lackierer Leipzigs nahmen in den Tagen vom 27. bis 30. Juni v. J. eine Bautenkontrolle vor, die 75 Bauten betraf. Ein Lackierraum wurde nur in 69 Bauten gefunden, 53 waren verschlossen, 6 befanden sich im Keller, 3 auf dem Boden, 1 im Waschhaus und 1 im Bistro, und zwar beim Umbau des Neuen Theaters, das doch sicher Unterkammer genug enthält. In der Farbenräderie hatte man 21 mal den Lackierraum eingerichtet, was natürlich den ganzen Zweck eines Lackierraumes überhaupt aufhebt. So konnten eben nur 32 Räume als zum Ankleiden und Kleideraufbewahren als tauglich angesehen werden, aber auch von diesen 32 tauglichen Räumen waren nur 6 mit Sitzgelegenheit ausgestattet. Nur auf 65 Bauten traf man Waschräume mit Sitzgelegenheit, ohne Seife waren diese in 2 Fällen, einer Dienstboten als Waschgeschöpf 51 mal, wovon nur 2 speziell zu Waschzwecken bestimmt waren, in 49 Fällen mußten ausgespülte Farbenreiner, in 1 Fall eine Mantel, wenn er nicht gerollt ist, hatten auf 14 Bauten die Unternehmer gedacht, und deshalb überließen sie es den Malern, sich direkt an dem frischen Wasser der Wasserleitung zu waschen. In 65 Fällen wurde Seife zum Waschen vom Unternehmer geliefert. Die Ratsverordnung betrifft Weißwascherarbeitung hing auf keinem Bau aus, dafür aber jedenfalls, wie es vorgeschrieben ist, in den Werkstätten, die meistens nichts weiter als Niederlagen sind und wohin die Gehüse ganz selten kommen. Erst nachdem also die Ratsverordnung auf einem Bau anging, wurde 19 mal vom Unternehmer darauf verwiesen. Mehrere Kollegen haben deshalb schon im August v. J. eine Eingabe an den Leipziger Rat gerichtet, damit dieser die Verordnung in die Verordnung aufzunehme, daß die Matzverordnung dort aufzuhängen sei, wo gearbeitet wird, und nicht nur dort, wo sie niemand zu Gesicht bekommt. Die Bautenkontrolle der Bauarbeiter-Schuttkommission erstreckte sich auch auf andere dringende Fragen des Bauarbeiter-Schutzes, Baubuden und Aborte, Fenster usw. Die Ergebnisse geben genügend Unterlagen, von neuem an die Behörde die Verordnung auf Beziehung von Bauarbeitern zur Bautenkontrolle zu richten. Es wäre dringend nötig, daß dieser Verordnung stattgegeben würde, denn der vor 1½ Jahren erfolgte Einsatz eines Wasserturmhauses in Leipzig-Schönfeld, bei dem 11 Bauarbeiter getötet, 15 schwer verletzt wurden, sollte eine ernste Mahnung sein!

Einem echten Unternehmerstüchen fielen 5 Kollegen in der Fahrzeug- und Geldschrankfabrik von Schleiz in Dresden zum Opfer. Diese Firma, Aktiengesellschaft, bezog das Fest der Liebe, das Weihnachtsfest, an dem den Arbeitern so viel gepredigt wird von Frieden auf Erden und anderen Phrasen, um zu zeigen, wie wenig Gefühl für Humanität und wie wenig Dankbarkeit gegen ihre Arbeiter bei den Unternehmern vorhanden ist. Nachdem man den Arbeitern mit Hilfe rigoroser Bestimmungen einer körperlich erschaffenden Arbeitsordnung mit niedrigen Lönen, vielfach schlechter Behandlung, mangelhaften Betriebsseinrichtungen u. a. seit langem mitgeplagt hatte, werden, um die Sache noch besonders effektiv zu machen, am Weihnachtsabend 5 Lackierer aus der Kassettenabteilung ganz plötzlich und ohne jeden ersichtlichen Grund entlassen. Dabei ist noch bemerkenswert, daß man ihnen genau gerechnet, 5 Minuten vor Arbeitsbeginn die Entlassung bekannt gab. Und dabei sind die Entlassenen lautstark Familienväter und zum Teil ½–8 Jahre lang in der Fabrik beschäftigt. Gründe gab

es keine, denn schlechte Gründe anzusprechen, hätten sich Unternehmer gefügigstlich wegen der Konsequenzen und gute Gründe gibt es für ein Gebaren wie in diesem Falle nicht. Ob diesen Plan nicht Herr Baum, der allgemeinste Obermeister, der den Arbeitern so ziemlich alle geplanten Erleichterungen zu Wasser macht, ausgedacht hat? Es ist anzunehmen, daß es dieser Herr, der nur in diesem Betriebe eine Rolle spielen kann, unangenehm empfunden hat, daß sich die Arbeiter der Fabrik endlich einmal organisiert und so Führung mit der Außenwelt gewonnen haben. Es hat ihm jedenfalls auch gar nicht gefallen, daß man sich an die gegen schädliche Arbeitsmethoden, wie übermäßiges Überstundentarifieren noch dazu in ganz unzureichenden und gefundungsgefährdeten Arbeitsräumen, Front zu machen. Der geringste Widerstand d'r Arbeiter war, wie es scheint, das Signal zu Entlassungen, mit denen man, steingläubig wie Unternehmer oft sind, denkt, die Arbeiter von ihrer Verlustorganisation fernzuhalten. Nun, es wird über die Zustände bei Schladib und die Erfolgekeiten des Herrn Baum zu gegebener Zeit noch mehr zu sagen sein, vorläufig können wir uns bemerken, daß die hier eingeschlagene Taktik die damit bezweckte Wirkung nicht haben wird. Zu erwähnen ist noch, daß man mit den Erholungsstätten, die man sich an Stelle der Entlassungen vorehegt gesichert zu haben glaubte, recht schlechte Erfahrungen gemacht hat. Einer von ihnen ist wegen Unbrauchbarkeit bereits wieder entlassen worden und die anderen werden, wenn nicht alle Anzeichen trügen, nicht entfernt in stande sein, die bestreiteten erfahrenen eingerichteten Leute zu erhalten. Nur zu auf diesem Wege, dies trägt mehr zur Ausklärung der Arbeiter bei als es unsere besten Agitatoren vermögen.

+ Zur Konferenz im Reichsamt des Innern, betr. die Bundesrats-Entwurfs-Bestimmungen über die Bekämpfung der Ueigegefahr in unserem Gewerbe, sind bereits in verschiedenen Städten Meister und Gehilfen erwähnt worden. Wie wir erfahren, befinden sich unter letzteren auch eine Anzahl von Mitgliedern unserer Vereinigung.

+ Was fragt er doch nach Geld und Gut! . . . In der Leipziger Malerzeitung, die eine Interatenplanlage für Indifferente und Meistersöhne, die Stellen suchen, unterhält, findet sich folgendes Inserat:

Suche sofort eine Stelle in Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Berlin o. d. Umgebung. Bin 20 J. alt, verh. prot. (ged. Inf., Charge), habe Schule besucht, bin offen und ehrlich und in allen Arbeiten bewandert, spez. in Verputz-Barbeiten, Tapizerien u. Schriften. War bis jetzt selbständige; eine spät. Beteiligung von 1-2000 M nicht ausgeschlossen. Lohn wird verlangt die Woche 15 bis 18 M ohne Kosten und Wohnung. Gesl. Offerten erbeten an Paul Brand, Tünchnermeister, Würzburg, Restauration Bülinger, Wohlfahrtsgasse.

Der verherrlichte Mann muß sehr geringe Bedürfnisse an das Leben stellen, wenn er sich für einen Wochenlohn von 15-18 M ausbietet.

+ Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der Filiale Hannover im November 1904:

Beruf	Zahltagen	Anzahl	Ausgefallene Arbeitstage wegen:			Gesammt	Gesamt
			Ueber-	Unter-	Ge- sammt		
			Ueber-	Unter-	Ge- sammt		
Maler	420	71	1182	110	7	1299	250.39
Gärtner	45	1	4	—	4	3.76	

Lindau. (Situationsbericht.) Das vergessene Jahr war für uns nicht günstig, was hauptsächlich auf die schlechte Baufanjunktur zurückzuführen ist. Für dieses Jahr scheinen bessere Aussichten vorhanden zu sein, unsere Filiale wird darum nicht verschließen, frühzeitig die Agitation aufzunehmen, um auch alle hier arbeitenden Kollegen der Organisation zuzuführen. Mit Leichtigkeit wäre dies hier für uns zu erreichen, wenn die Zulassung der Mitglieder nicht eine so ungeheure Größe wäre, sodass alle Augenblick neue Kollegen in die Verwaltung gewählt werden müssen. Lindau ist Durchgangspunkt nach der Schweiz und nach Österreich, daher ist der Aufenthalt der Zugereisten nur von kurzer Dauer. Zur Zeit sind hier 17 Kollegen beschäftigt, davon 12 organisiert. Im Sommer ist die Zahl der Beschäftigten 40 bis 50, von denen $\frac{1}{4}$ unserer Vereinigung angehören. Um die Stelle unserer Bevölkerung zu erleichtern, wird unsere Filiale beantragen, im Bezirk einen Beamten anzustellen, der die Filialen von Zeit zu Zeit zu besuchen hat, die Kassen revidiert und überall die nötige Aufklärung gibt.

Heidelberg. (Fahrtbericht.) Zu dem vergessenen Jahre ist die Filiale wiederum einen Schritt vorwärts gekommen, welches dem freudigen Arbeiten aller Kollegen, der Verwaltung und den Haussässerern zu danken ist. Hat doch auch in dem Jahr 1904 kein nennenswerter Wechsel in der Verwaltung stattgefunden. Zu Anfang des Jahres sah eine kräftige Agitation ein; es wurden Werkstellen- und Landesversammlungen abgehalten, ebenso wurde die persönliche Agitation rege betrieben. Diese Arbeiten wurden mit gutem Erfolg gekrönt, so daß man eine Lohnbewegung wagen konnte. Am 10. März arbeitete eine Werkstattledelegierung mit der Verwaltung einen Tarif aus und legten ihn in einer öffentlichen Versammlung den Kollegen vor. Derselbe wurde gutgeheißen mit dem Beschluss, den Tarif den Meistern zu unterbreiten. Nach dem schroff ablehnenden Verhalten derselben wurde die Arbeitsniederlegung am 24. März Tatsache. Ein Lohnarbeitskampf kam nach acht-tägiger Dauer des Streiks zustande, da ein Teil unserer Verhandlungen verpflichtet wurde. Durch diesen Streik wurde die Organisation bedeutend gestärkt, und der weitauß größte Teil der aufgenommenen Kollegen für uns gehalten. Durch das Anwachsen der Mitgliederzahl war es notwendig, statt 2 Haussässer 9 anzustellen. Die Vergütung derselben wurde um 3 Prozent erhöht in Abrechnung der großen Wichtigkeit und Aufopferung für die Stärke der Organisation. Nach der Lohnbewegung sah die Agitation in Fabriken und Werkstätten von neuem ein und wiederum wurde eine Anzahl Kollegen der Fahne der Organisation gewonnen. Also, in allem war das Jahr 1904 ein Ringen und Schaffen für die Stärke der Organisation. Mitgliederversammlungen fanden 21, öffentliche 6 statt. Die Verwaltung hielt 12, die Lohnkommission 4 Sitzungen ab. Festlichkeiten wurden 2 zum Zwecke der Agitation abgehalten. Die Kassenverhältnisse wurden gegen Ende des Jahres

bessere, nachdem die Schulden an die Hauptkasse abgetragen waren. Jeweils voll bezahlt an Beiträgen haben im ersten Quartal 131, im zweiten Quartal 145, im dritten Quartal 141 und im vierten Quartal 142 Mitglieder. Zur Agitation waren zirka 3000 Hand- und Fotographierte Zeitel notwendig. Leider hat auch der Tod in den Reihen unserer Kollegen Ernte gehalten. Die Filiale wird den Stämmern ein ehrendes Andenken bewahren. Die Bibliothek wurde durch Anschaffung neuer Werke erweitert. Im ganzen kann die Filiale stolz auf die Erfolge im vergangenen Jahr sein und es muß für die Kollegen ein Ansporn sein, nun weiter zu wirken für die Organisation auf dem beschrittenen Wege. Es muß aber der Versammlungsbesuch unbedingt ein besserer werden, betrug derselbe doch im Durchschnitt nur 45 Mitglieder. Deshalb auf Kollegen, frisch an die Arbeit, nicht geruht noch geruht im neuen Jahr, um unsere Lage zu einer besseren zu machen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

- Ehrenurkunden für Arbeiter. Einem Beschlusse der bremischen Gewerkschaften zu folge werden in Zukunft auf Antrag von Arbeitgebern, Dienungen und gewerblichen Korporationen Ehrenurkunden an verdiente Arbeiter hinzugefügt. Solche Maßnahmen erscheinen uns höchst überflüssig. Wenn die Gewerkschaften die einzelnen Arbeitgeber zur Innehaltung günstiger, anständiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse anhalten würde, würde sie sich damit ein weit größeres Verdienst erwerben und den Arbeitnehmern einen besseren Dienst leisten. Ehrenurkunden auf einen leeren Blatt und abgerakerten Körper ist ein gar eigenartiges Wunder. Die bremischen Arbeiter danken bestens.

- Ein bibellescher Malermeister. Nach dem Gesetz ist ja der Arbeitgeber verpflichtet, einem Arbeiter bei seiner Entlassung auf Verlangen einen Entlassungsschein auszustellen, auf dem die Dauer der Beschäftigung angegeben ist. Diese Entlassungsscheine sehen oft curios genug aus und sind nicht selten dem Gesetz widersetzt. Vor uns liegt nun auch so ein ein Entlassungsschein, der allerdings nicht danach angetan ist, damit erst beim Gewerbege richt sein Recht zu suchen, weil er das fernere Fortkommen des Arbeiters erachtet, nein, durchaus nicht. Der Entlassungsschein lautet nämlich folgendermassen:

Mitteilung von Otto K. an Herrn K. Düsseldorf, d. 17. Dez. 1904.

Isaia 53. 6. „Wir gingen alle in der Frei wie Schafe, ein Feind ließ auf keinen Weg; aber der Herr warf unsrer aller Sünden auf ihn.“ Es gibt doch noch brave, fromme Malermeister, womit wir nicht sagen wollen, daß diese Sorte auch immer die anständigste wäre, soweit das Lohn- und Arbeitsverhältnis in Frage kommt.

Zu einer internationalen Arbeiterschulkonferenz lädt gegenwärtig der Schweizerische Bundesrat an die Regierungen von Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, England, Griechenland, Italien, Luxemburg, Holland, Portugal, Rumänien, Serbien, Schweden und Norwegen ein. Einladungsschreiben erhalten, in dem eingeladen wird, die am 8. Mai d. J. in Berlin stattfindende internationale Konferenz zur Regelung einer Anzahl Fragen des Arbeiterschutzes zu besuchen, gemäß Austrags der Hölzer Delegiertenversammlung der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz. Der Bundesrat spricht in diesem Schreiben die Hoffnung auf eine wirkliche Verschärfung zwischen den Staaten in diesen Fragen aus und meint, die Konferenz solle die Grundlage der internationalen Vereinigung festsetzen, deren Abschluß später auf diplomatischem Wege zu erfolgen habe. Als Gegenstände der Konferenz schlägt der Bundesrat vor: Verbot der Verwendung weissen Phosphors bei der Zündholzfabrication und Verbot der gewerblichen Nacharbeit der Frauen. — Die Bleiweißfrage scheint man in der Haupthalle für erledigt zu halten. Wir sind 1. Generalversammlungen. Der Centralverband der Schiffsmeister beruft seine 9. Generalversammlung auf Sonntag, den 14. Mai 1905 und folgende Tage nach Rathenow ein. — Die 16. Generalversammlung des Centralverbandes der Zimmerer findet vom 10. bis 15. April d. J. in Dresden, im Volkshaus, Ritterbergstr. 2, statt. Die Generalversammlung wird sich u. a. auch mit der Arbeitslosenunterstützung beschäftigen. — Der Centralverband der Töpfer gibt bekannt, daß die 7. Generalversammlung des Verbandes am 7. Mai 1905 in Münnich, im Cöbelbrücke, beginnt. — Der deutsche Gewerkschaftsverband hält vom 17. bis 20. April d. J. seinen 4. Verbandsstag in Hamburg, Stanges Gesellschaftshaus, ab.

Der Kampf der Holzarbeiter in Berlin ist nunmehr beendet. In einer stark besuchten Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes nahm man die Einigung mit den Arbeitgebern nach dem vom Gewerbegericht vorgelegten Vertrag an. Allgemein ist die Arbeit am 17. Januar wieder aufgenommen worden.

Zum Stuhlbrevier ist der Generalstreit ausgebrochen. Im Reich der schwarzen Diamanten ist der Generalstreit seit dem 16. Januar zur Zothache geworden. Ein Streitstreit ist damit entbrannt, wie ihn Deutschland noch nie gesehen hat. Das Verhalten der kämpfenden Bergarbeiter ist müstermäßig. Eine am 12. Januar in Essen stattgefundene Konferenz von Vertreternen aller Organisationen der Bergarbeiter beschloß:

Die Konferenz verurteilt entschieden das disziplinarlose Verhalten der Belegschaften, welche ohne Rücksprache mit der Organisation und ohne Forderungen aufzutreten, in den Ausstand getreten sind. Eine Bergarbeiterbewegung kann nur dann glücklich zu Ende geführt werden, wenn eiserne Disziplin herrscht. In Abrechnung der Ausdehnung, die der Ausstand bereits erreicht hat, wäre ein Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit an die Streikenden mir eine Ursache weiterer Verschlechterung ihrer Lage und würde Maßregelungen in weitem Umfang hervorruhen. Die Konferenz erachtet die bereits streikenden Belegschaften weiterzustreiken. Jedoch darf zunächst keine Belegschaft neu in den Streik eintreten.

Die Konferenz beschließt: Es werden sofort die Forderungen der Bergarbeiter formuliert und dem Verein für Bergbauschäfte Interessen überreicht mit dem Erlösen, bis zum 16. Januar, mittags, Antwort zu geben. Ergeht eine ablehnende Antwort, so hat am 17. Januar die ganze Bergarbeiterenschaft die Arbeit niederzulegen.

Es wird eine Kommission gewählt, die zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern beauftragt ist.

Die Konferenz richtet an die Reichs- und Staatsbehörden das dringende Eruchen, Vermittelungen anzunehmen.

An die deutsche Arbeiterschaft und Bürger richtet die Konferenz das bringende Eruchen, sofort mit Sammlungen zu beginnen und die Bevölkerung in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Verchiedenes.

Der Unterricht der Arbeiterschulungsschule in Berlin beginnt in National-Economie: Montag den 16. Januar; Geschichte: Dienstag den 24. Januar; Natur-Kennenlern: Mittwoch den 18. Januar; Geisteswunde: Donnerstag den 19. Januar; Hebe-Uebung: Freitag den 20. Januar; Vorlesung-Kursus: Sonntag den 22. Januar. Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 1/21 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet. Die Sonntagskurse beginnen pünktlich Vormittag um 10 Uhr. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 H.; das Unterrichtsgebühr für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M. und ist höchstens um zweien Abend zu zahlen. Der erste Abend jedes Kursus steht jedem zum unentgeltlichen Besuch frei. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Gewerkschulhaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr. und in nächstliegenden Zuhäusern: Gotth. Schulz, Admirastr. 40a; Neul. Barnimstr. 42; Vogel, Demminerstr. 32; Krause, Müllerstr. 7 a; Horst, Engel-Ufer 15. Alle Anschriften sind an den Vorstand Hermann Hamm, Berlin SW. 43, Hornstraße 20, Querg. II, Gedächtnisse an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 56, zu senden.

Der Vorstand. Arbeiter und Arbeiterinnen! Trete der Arbeiter-Bildungs-Schule bei!

Programmvorschläge zu Schillerfeiern. Der Dürerbund wird binnen kurzem eine Reihe von Vorschlägen zur Gestaltung der Schillerfeier-Programme versenden. Die Vorschläge erfüllen Wünsche für Feiern verschiedener Art. Der Dürerbund fordert auf, überall auf seine Arbeit hinzuweisen und ihm Adressen mitzuteilen, an die er seine Vorschläge schicken kann. Anschriften sind zu richten an: Dürerbund, Dresden-Blasewitz, Wachnitzerstraße 3.

Eingesandt.

Christliche Manieren.

Am Montag den 17. Oktober 1904 tagte in Duisburg eine öffentliche Versammlung, welche sich u. a. mit den Missständen bei der Firma Spangenberger beschäftigte. Unterzeichner kritisierte als Referent die Missstände, wozu ihm ein Rechtfertigungsschreiben des Herrn Sp. vorlag. (Siehe W. A. Nr. 46.) Bei dieser Firma arbeitet der zweite Vorsitzende Krapp des den meisten Kollegen Deutschlands noch unbekannten christlichen Malerverbandes. Den Umstand, daß K. zu den ihm bekannten Zuständen noch keine Stellung genommen und daß er auch der Versammlung fern blieb, habe ich kritisiert und K. einen „Heiligen“ genannt. Dieses habe ich einige Wochen später in Mühlheim a. d. R. wiederholt. Plakate von 63 X 34 cm Größe fanden in großen Lettern den erschauten Einwohnern von M. an, daß der zweite Vorsitzende vom christlichen Verband auf die Angriffe des Kollegen Kunge vom freien Verband am 4. Dezember antworten wollte. Trotzdem hatten sich christlicherseits höchstens 40 Männer der verschiedensten Berufe eingefunden, von uns waren circa 20 Kollegen erschienen. Trotzdem man mich zu dieser Versammlung eingeladen, erhielt ich nach langem Strauben endlich noch ganze 15 Minuten Redezeit. Auf die allgemeinen Ansprüche des K. einzugehen, hieße Zeit und Papier verschwenden. Bezeichnend für sein Verständnis für die Arbeiterschaftsbewegung ist, daß er uns die Vernichtung des Kleinstmeisters vorwarf, während sie bestrebt seien, durch sachliche Schulung tüchtige Meister heranzubilden. Die Einführung der Tarifgemeinschaften hätten wir ihnen nachgemacht. Armer Tropf! der dann noch behauptet, zehn Jahre unserer Organisation als tätiges (?) Mitglied angehört zu haben. Wie antwortete nun Krapp auf meine Angriffe? Er behauptete: Schon acht Tage vor der von uns einberufenen Versammlung habe er mit Sp. Rücksprache genommen (?). Diese Behauptung fragt den Stempel der Unwahrheit an der Stirn; und wenn sie wahr wäre, warum griff K. nicht früher ein. 8 Tage vorher hat wohl Herr Krapp von unserer Versammlung noch nichts gewußt? Warum erwähnt Herr Sp. in seinem Rechtfertigungsschreiben an uns 3 Tage vor der Versammlung, nichts von der Unterredung mit K.? Warum teilt K. seinen mitarbeitenden Kollegen nichts von der Unterhandlung mit? Warum kommt er nicht in die Versammlung und erklärt, daß er bereits eingeschritten sei und gibt die Antwort des Herrn Sp. bekannt? In der Mühlheimer Versammlung erklärte K. die von mir geschilderten Löhne für unwahr, trotzdem Herr Sp. in seinem Briefe diese zugibt. Ferner vertheidigte er die unerlernten Leute auch als minderwertig hinzustellen und damit niedrige Löhne entsprechend. K. behauptet ferner, durch seine Rücksprache (?) wären die Missstände teilweise abgestellt, unsere „Lärmbversammlung“ habe nichts genutzt usw. Wenn etwas gebessert ist, hat nicht K. sondern die öffentliche Versammlung bessern gewirkt. Daburch, daß die Missstände der Öffentlichkeit preisgegeben wurden, trat Klemmer ein. Die Firma Krapp als Auftraggeberin wird sich wohl gesagt haben, daß Schuster, Schneider, Friseur usw. mit 25-30 H. Stundenlohn, nicht imstande sind, einen guten Anstrich auszuführen. Zum „Deutschen Maler“ widmet K. dieser Angelegenheit, um die es sich hauptsächlich handelt, ganz — 20 Worte. Also kein Beweis für seine Behauptung hat K. nicht gebracht. Ob der „D. M.“ in der angeführten Dortmunder Versammlung K. mich hat „absfahren“ lassen, darüber mögen die Dortmunder Kollegen sich ein Urteil bilden. Wenn K. noch meint, die Mühlheimer Versammlung würde erzieherisch wirken, so gebe ich ihm recht, denn unsere dortigen Kollegen erklärten, solche Lügen und Entstellungen hätten sie nicht erwartet. Sie haben die „Christlichen“ kennen gelernt. Das K. mich mit dem „Bönen“ vergleicht, quittiere ich dankend, indem ich die Kraft und den Stolz des Königs der Tiere auf unsere Vereinigung übertrage. — Durch sein Verhalten im Falle Sp. und auch sonst kann ich ihn nur mit dem Hund auf eine Stufe stellen, der auch erst schwanzwedelnd um die Gnade seines Herrn bittet, den Fuß noch leicht, der ihn getreten und nachher laut klaffend seinen Herrn vor Angriffen zu schützen sucht. —

Paul Nunge, Gelsenkirchen.

Briefkasten.

G. T. Als Annonce kann es gefürzt aufgenommen werden. Im übrigen würde es sonst nicht verständlich sein. Spandau. Der Bericht von der Mitgliederversammlung im November 1904 ist am 10. Januar 1905 glücklich eingegangen und der Ordnung halber zu den Manuskripten aus dem „vorigen Jahre“ gelegt worden.

Wahlresultat

auf Generalversammlung zu Hamburg.
Gewählt wurden:

1. Wahlabteilung: Kanne-Bremen.
2. Wahlabteilung: Huy-Stuttgart.
3. Wahlabteilung: Salzdet., Guiard-, Höss-, Mich., Linz. und Noh. Berlin.
4. Wahlabteilung: Neumüng-Charlottenburg.
5. Wahlabteilung: Gabriel-Cassel.
6. Wahlabteilung: Schubert- und Luitpold-Hannover.
7. Wahlabteilung: Ehlers-Altona.
8. Wahlabteilung: Dörls., v. Mönn- und Spich-Hamburg.
9. Wahlabteilung: Spies- und Stoop-Darmstadt.
10. Wahlabteilung: Zimmermann-, Krauß- und Wittigschel-Frankfurt a. M.
11. Wahlabteilung: Eisinger- und Amend-Mainz.
12. Wahlabteilung: Gerhold-, Bullmann- und Glaat-Wiesbaden.
13. Wahlabteilung: Weise-Chemnitz.
14. Wahlabteilung: Streine-, Spranger- und Uder-Dresden.
15. Wahlabteilung: Margraf-, Müller- und Gräfin-Leipzig.
16. Wahlabteilung: Koch und Alberg-Cöln.
17. Wahlabteilung: Untage-Halle a. S.
18. Wahlabteilung: Aldam-Dresden.
19. Wahlabteilung: Holz-Königsberg.
20. Wahlabteilung: Müller-Königsberg.
21. Wahlabteilung: Füsten-Wilhelmshaven.
22. Wahlabteilung: Nagel-Mannheim.
23. Wahlabteilung: von der Berg-Freiburg i. Br.
24. Wahlabteilung: Philipp-Heidelberg.
25. Wahlabteilung: Müller-Götting.
26. Wahlabteilung: Faber-Hildesheim.
27. Wahlabteilung: Kohlert-Greiz.
28. Wahlabteilung: Spranger-Dresden.
29. Wahlabteilung: Nehrlor-Weimar.
30. Wahlabteilung: Urnberg-Dortmund.
31. Wahlabteilung: Glanz-Essen a. Stuhr.
32. Wahlabteilung: Leonhardt-Düsseldorf.
33. Wahlabteilung: Kirche-Görlitz.
34. Wahlabteilung: Reich-Beuthen.
35. Wahlabteilung: Voelker-Danzig.

Stichwahlen haben stattzufinden:

1. Wahlabteilung: Bremen, zwischen Nockels und Hajel.
2. Wahlabteilung: Berlin, zwischen Blum, Ringel, Gibbe, Wagner, Hansen und Oertel. Zu wählen 3 Delegierte.
3. Wahlabteilung: Polen, zwischen Skomorowski u. Nieliński.
4. Wahlabteilung: Braunschweig, zwischen Achtermeyer und Halves.
5. Wahlabteilung: Hamburg, zwischen Behrmann, Tonn, Zimmermann, Neuborn, Sonner und Grundke. Zu wählen sind 3 Delegierte.
6. Wahlabteilung: Kiel, zwischen Spengler, Ritz, Nieders und Moldenhauer. Zu wählen sind 2 Delegierte.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Der frühere Vertrauensmann in Harzburg, H. Walter Willens, zuletzt in Bernberg, wird erfüllt seinen Verpflichtungen der Zahnstelle Harzburg gegenüber nachzukommen.
M. 1.60]

Der Vorstand.

Maler-Mantel!

Eigenes Fabrikat!
• vorne offen mit Umlegekragen. • Lehrlinge bis Oberweite 88 cm 110 cm lang
• selunda per Stück 2.25 M prima 2.75
Männer Oberweite bis 112.
110 125 140 cm lang
secunda 2.50 2.65 3. — M prima 2.90 3.10 3.50
Jacken aus rein leinenem Dreil M 2.50 bis M 3.; Hosen M 2.60 bis M 3.
D. Wurzel & Co., Berlin,
Brückenstraße 10 b, I.

Winter-Verdienst!

!!Jeder Maler!!

Ist im Stande, große Porträts sprechend ähnlich zu malen, wenn er meine großartigen Vergrößerungen dazu benutzt. Fertige nach jeder Photocraphie z. Künstlerische Vergrößerungen und Malereien.

Schnellste Lieferung!

Preis: (auf prima Zeichenpapier)

50/50 1.— M., Kreideausführ. 3.25 M.

50/50 1.10 " " 3.75 "

50/50 2. " " 5.— "

• Täglich Anerkennungen. •

Original-Entwürfe aller Art, Altar-Gemälde, Aquarelle, Pastelle und Ölgemälde billigst.

R. Swierzy, Portraitmaler,

akad. geb.

Berlin C. 19, Wallstraße 89.

am Spittelmarkt.

Telephon Amt I, 3008.

Preisliste gratis und franco.

13. Wahlabteilung: Frankfurt a. M., zwischen Böcher, Grafer, Hübner und Steffan. Zu wählen sind 2 Del.
14. Wahlabteilung: Dresden, zwischen Peter und Raack.
15. Wahlabteilung: Magdeburg, zwischen Görrn u. Pultner.
16. Wahlabteilung: Zwischen Hermann und Sperlingsky.
17. Wahlabteilung: Zwischen Hirschberg und Wiedemann.
18. Wahlabteilung: Zwischen Hipp und Meyer.
19. Wahlabteilung: Zwischen Landahl und Spiegelhauer.
20. Wahlabteilung: Zwischen Rathauer und Salt.
21. Wahlabteilung: Zwischen Rambow und Baeder.
22. Wahlabteilung: Zwischen Gries und Martert.
23. Wahlabteilung: Zwischen Siegel und Wolf.
24. Wahlabteilung: Zwischen Herzog und Breitnrich.
25. Wahlabteilung: Zwischen Hofer und Scheffers.
26. Wahlabteilung: Zwischen Behringer und Wiedert.
27. Wahlabteilung: Zwischen Bachhaus und Schneider.
28. Wahlabteilung: Zwischen Mühlung und Schröder.

Bei den Stichwahlen findet das in Nr. 45 d. B.-A. vom vorigen Jahre bekannt gegebene Wahlreglement mit der Maßnahme Anwendung, daß in den Orten, wo mehrere Standorte zu wählen sind, die einfache Majorität entscheidet.

Die Wahlprotokolle sind bis spätestens 10. Februar beim Vorstand einzusenden.

Das Resultat der 38. Wahlabteilung kann erst später bekannt gegeben werden, da von Eissenbach begründeter Protest eingegangen und in dieser Filiale nochmals zu wählen ist.

Vereinsteil. Bekanntmachung.

Bestätigt werden hiermit die Neuwahlen von Bochum, Braunschweig, Breslau, Bergedorf, Charlottenburg, Dortmund, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Flensburg, Fürth, Gelsenkirchen, Gotha, Hagen, Halberstadt, Hannover, Heidelberg, Hirschberg i. Sch., Jena, Katowitz, Kiel, Königsberg, Kübel, Magdeburg, Nordhausen, Osnabrück, Pößneck, Stettin, Wandsbeck und Wimbeden.

Duplikate wurden ausgestellt für Paul Gebauer (15.183), Robert Diet (4207), E. W. Kügel (13675), Rudolf Groß (3125), Heinr. Füllgrabe (1520).

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 10. bis 16. Januar.
Eingelangt wurde: Hamburg M 1000, Heilbronn 19.17, Saalfeld 35.60, Hamm 20.19, Solingen 158.57, Dögerberg 18.10, Bautzen 71.28, Danzig 237.18, Remscheid 64.87, Belfort 49.55, Wiesbaden 336.73, Rothenheim 80.95, Breslau 200.—, Neugersdorf 32.—, Herne 82.—, Grünberg 43.80, Lüneburg 97.72, Döbeln 45.59, Döbeln 53.42. Die hier quittierten Gelder können für das vierte Quartal 1904 nicht mehr zu Verrechnung kommen, sondern erst im ersten Quartal 1905.

Zuschüsse wurden abgesandt: Lindau M 40.—, Regensburg 50.—, Minden 50.—, Frankfurt a. M. (Agit. Kom.) 150.—, Weimar (Agit. Kom.) 50.—, Dessau 138.—, Baden-Baden 40.—.

Nachfolgende Filialen sandten bis jetzt trotz dringenden Erfuchens die Abrechnung nicht ein: Burg, Detmold, Erlangen, Friedrichroda, Königslberg, Lörrach, Luckenwalde, Oberhausen, Obersheim, Osnabrück, Reichenbach, Remscheid, Schönebeck, Solingen, Sonnenberg, Ulm und Vetschau.

Geht bis zum 24. Januar die Abrechnung dieser Filialen nicht ein, wird denselben der Vereins-Anzeiger entzogen.

Material wurde versandt:

B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken.

D. = Duplikatsmarken. E. = Vereins-Anzeigermarken.

F. = Futterale für Mitgliedsbücher.

Aachen 2000 B. a 10 J., 1200 B. a 15 J., 100 E.

Altona 2000 B. a 15 J.; Braunschweig 2000 B. a 45 J.,

2000 B. a 16 J.; Breslau 2000 B. a 15 J., 200 E.; Cöln

2000 B. a 20 J.; Freiburg 800 B. a 20 J.; Herne 100 B. a 40 J.,

100 B. a 15 J.; Hirschberg 100 B. a 15 J., 30 E., 5 D.;

Stettowitz 400 B. a 40 J., 400 B. a 20 J., 20 E., 10 D.;

Königsberg 400 B. a 20 J., 20 E.; Menschewitz 200 B. a

15 J.; Meß 400 B. a 40 J., 400 B. a 15 J., 200 B. a

a 10 J.; Mühlheim (Ruhr) 200 B. a 15 J.; Neugersdorf

400 B. a 15 J.; Nienburg 200 B. a 15 J.; Nürnberg I

2000 B. a 20 J., 400 B. a 15 J.; Salzungen 100 B. a 40 J.,

100 B. a 15 J.; Spanien 10 J.; Straßburg 25 E.; Weimar

400 B. a 15 J.; Wittenberg 200 B. a 40 J., 400 B. a 15 J.,

20 E. 100 B. a 10 J.; Zittau 100 B. a 40 J.

Dienjenigen Filialen, welche Kalender bestellt haben, diene zur Nachricht, daß diese vergriffen sind, und können wir die Bestellungen nur dann erledigen, wenn uns welche zurückgesandt werden. Dienjenigen Filialen, welche noch Kalender im Besitz haben, welche sie am Erte nicht mehr verkaufen können, ersuchen wir um umgehende Zurücksendung derselben. Spätere Zurücksendungen können nicht mehr anerkannt werden.

H. Wentker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

(Eingetriebene Kasse Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 8. bis 14. Januar 1905.

Überschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingesandt von Ehlers-Lübeck 350 M., Hamm-Bürzburg 80 M., Birkner-Altenburg, C.-A. 75 M., Mannig-Waldenburg 1. Sch. 50 M., Trutwin-Weißwasser, D.-L. 50 M., Kleineisenach 35 M., Luckenwalde 40 M., Rudolphshain 1. W. 43.18 M., Vogel-Schweidnitz 41.91 M., Hahn-Bergedorf 180 M., Reichert-Reinhardt a. S. 40 M.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgesandt an Geiger-Stuttgart 200 M., Kettler-Dortmund 150 M., Geßl-Mainz 100 M., Schiller-Charlottenburg 300 M., Groth-Hamburg - St. Pauli 100 M., Schröder-Halberstadt 75 M., Grüner-Leipzig 100 M., Tabarelli-Gießen 50, Georgi-Nürnberg 300 M.

Krankengelber erhielt 50, Koch in Wingerode, Buchen 19.691, 16 M.; W. Gebhardt in Weizenstadt i. B., Buchen 12.616, 18 M.; W. Weißberg in Holzminden, Buchen 18.815,

18 M.; E. Fabian in Landsberg a. W., Buchen 20.697, 12 M.; H. Behr in Beel b. Mühret, Buchen 24.061,

10 M.; H. Werd in Schwedt a. O., Buchen 20.407, 26 M.; W. Apelt in Gräfenhainichen, Buchen 7518, 24 M.; W. Burkhardt in Birkenfeld, Buchen 16.777, 12 M.; W. Goslar in Georgsmarienhütte, Buchen 13.983, 12 M.; A. Günther in Marzell i. B., Buchen 11.461, 36 M.; E. Brüggenhart in Lichtenhausen i. B., Buchen 19.665, 12 M.; W. Warnde in Wolsenbüttel, Buchen 5.088, 24 M.; W. Wolff in Brieg i. Sch., Buchen 892, 36 M.; G. Möltner in Voereth i. B., Buchen 12.582, 24 M.; W. Kandrup in Davensberg, Buchen 19.98, 24 M.; W. Kintenstädt in Rehden i. S., Buchen 2782, 16 M.; G. Bleck in Beelitz i. M., Buchen 1279, 24 M.

G. H. Bulle, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

Sterbe-Tafel.

Am 9. Januar verschied nach langem Krankensager infolge Typhus der Kollege

Hugo Görner aus Burghardsdorf im Alter von 27 Jahren.

Sein Andenken hält in Ehren! M. 1.80] Tafelie Chemnitz.

Am 6. Januar starb nach kurzem Leiden an der Proletarterkrankheit unser Mitglied

Friedrich Kessler im Alter von 28 Jahren.

Sein Andenken hält in Ehren! M. 1.60] Tafelie Köln.

Am 6. Januar starb unerwartet unser treues Mitglied

Emil Schulz im Alter von 32 Jahren.

Sein Andenken hält in Ehren! M. 1.40] Tafelie Hamburg.

Am 3. Januar starb im liebsten Krankenhaus der aus Hamburg zu gereiste Kollege

Ernst Wille aus Dirchau an der Lungenschwindsucht Sein Andenken hält in Ehren! M. 1.40] Tafelie Magdeburg.

Der „Vereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Sonnabend für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im Abonnement kostet derselbe für Deutschland und Österreich 1.20 M. pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 M. durch die Post bezogen, 1.20 M. — Anzeigen kosten die 4 geplatzte Seiten über deren Raum 40 J. Vereinsangelegen 20 J. die Spaltseite.

Der heutige Nummer liegt die Nr. 2 des Korrespondenzblattes für die Bevölkerung und Vertragsleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Marx Hamburg, Schmalenbeckerstr. 17, Verlag von H. Wentker, Hamburg 22, Druck von Dr. Meyer, Hamburg 23.

Vereinigte Maler-Schule Berlin

Anerkannt vorzüglicher Unterricht in

Dekorationsmalerei, Holz- und Marmormalerie

Semester 15. Oktober bis 15. März.

Prospekte gratis und franco.

Bericht der Agitationskommission Oberschlesiens.

Bum dritten Male bringen wir unseren Jahresbericht aus dem dunkeln Deutschland, und auch diesmal sehen wir uns veranlaßt, mit ein paar Strichen das allgemeine Milieu zu kennzeichnen, welches besonders Oberschlesien charakterisiert. Dieses Milieu offenbart sich behördlicherseits in der Bekämpfung alles, was den kleinen-grossindustriellen Profit beeinträchtigen könnte. Dagegen ist es hier "Ordnung und Sitte", daß die überlebenshiehe Verfolgung die höchste Kriminalitätsziffer erreicht hat, daß der Schnaps in Strömen fließt und an Lohn- und Wortschärfen der Ankläger über die vielen Schauspieler, und das Beuthener Schwurgericht die höchsten Meinungsäffären von ganz Deutschland aufzuweisen hat. Jede schändliche Regierung des Volkes wird mit brutaler Faust niedergehalten oder, wie in Laurahütte, im Blutbad erstickt. Die Führer steht man ins Gefängnis und wen man nicht einsetzen kann, den kündigt der Haussattler seine Wohnung, und es wird von Arbeitgeber zu Arbeitgeber gehegt, wer es etwa unternimmt, durch gewerkschaftliche Mittel die Arbeiter auf ein höheres kulturelles Niveau zu heben. „So kann ich mein Überleben, so hab' ich es“, könnte man ausdrücken und wie weit die Saalabtreiberei gedeihlt, soll hier durch 2 Dokumente dargelegt werden. Sie lauten:

"Ohne mein Wissen und der polizeilichen Erlaubnis benutzen Sie meine Restaurationsräume zu Vereinszwecken. Ich teile Ihnen hierdurch mit, daß ich meine Restaurationsräume zu Ihren Vereinszwecken nicht hergeben und den Aufenthalt der Mitglieder hiermit verbiete, eventl. hierfür polizeilichen Schutz beantragen werde." Achtungsvoll

Einschreiben. Bruno Göcke.

Copiert. Schenkwirtschaftsbücher.

Von Versammlungen war dort keine Rede; die Kollegen kamen dort nur zusammen, um Bier zu trinken und Billard zu spielen. Das andere Schriftstück ist zwar weniger wichtig, aber besto deutlicher:

"Da ich seitdem Sie Ihre Versammlungen bei mir abhielten, verschiedene Unannehmlichkeiten hatte, ersuche ich Sie, um Weiteres zu vermeiden, Ihre nächsten Versammlungen wo anders zu verlegen." Achtungsvoll

Hermann Schneider, Gasthaus Deutscher Kaiser.

Als den höheren Schuhengel, der sich in dieser Sache mehrere Male bemühte, der Wachtmeister fragte, warum denn die Maler herausmüssten, da er doch die Tapetizerer schon lange habe, meinte er: „Ja, die Tapetizerer müssten zwar auch überwältigt werden“ und mit der Worte des Wissenden setzte er hinzu „aber die Maler . . .“, wobei er das eine Auge zukrümpfte, wodurch das Preußisch-martialische aus dem Gesicht schwand und durch das Russisch-pfiffige ersetz wurde. Ja, die Maler — er kennt sie! —

Auch der Bildowkurs hat ein Opfer verlangt. Dem Schriftführer der Filiale Katowitz, Kollegen Swietz, einem Österreicher, wurde durch die dortige Behörde mitgeteilt, daß er als „ausländischer Schnorrer und Verschwörer“ das ungünstige Brechen zu verlassen habe. Wie hoffen, daß dies dem Kollegen Swietz nicht weiter ansicht und er drinnen in seiner Heimat weiter seine Schuldigkeit tun wird. Unter diesen Umständen wird man wohl nichts Großes vom vergangenen Jahr erwarten. Trotz alledem haben auch wir Fortschritte zu verzeichnen. Da unsere Bewegung bis dato an dem Mangel guter Verwaltungskräfte krankte, so haben wir hauptsächlich unser Augenmerk auf den Ausbau des Verwaltungswesens gerichtet. Wo eben ein fortwährender Wechsel in der Filialleitung stattfindet, da ist eben keine fruchtbringende Tätigkeit möglich und dieser Frage muß auch in Zukunft die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wenn wir Fortschritte machen wollen, so ist dies nur möglich durch eingeweihte und geschulte Verwaltungsbürokraten, welche jahraus, jahrein die Sache in die Hand nehmen und dadurch einen richtigen Überblick gewinnen. Man soll daher in der Auswahl dieser Kollegen vorsichtiger sein und nicht einfach jeden beliebigen dazu berufen. Dann aber sollen alle Mitglieder ihre Filialleistung in jeder Weise unterstützen und unbedingt Vorwürfe unterlassen. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die Ortsverwaltungen zu verbessern und für eine gesunde Wirtschaftsbewegung die Basis frei zu machen. Auch im Konkurrenzwesen sind Fortschritte zu verzeichnen. Die Filialen bezahlen 4 und 5 % pro Monat als Entschädigung. Auch diesem Punkt muß für die Zukunft die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Von einer möglichst errungenen Höhe bis zur Routine ist noch ein weiter Weg. Dem verbesserten Verwaltungswesen ist ein allmählich steigender Mitgliederbestand zu verdenken. Es waren vollzählende Kollegen vorhanden:

Ort	1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.
Kattowitz	55	50	66	—
Königsblüte	18	17	27	—
Beuthen	5	10	28	34
Glatz	19	23	30	—
Gleiwitz	8	22	17	5
Summa	105	122	168	—

Errichtet wurde im Berichtsjahre die Filiale Beuthen. In Zarnowitz ist es selber nicht gelungen, Anschrift zu erhalten. Die Filiale Glatz steht vor ihrer Auflösung. Dort ist in den drei Jahren ihres Bestehens nie eine Verwaltung zusammen zu bringen gewesen, alles lag bloss auf einer Person. Mehrfach vorgekommene Unregelmäßigkeiten machen auch in Zukunft jede gesunde Fortentwicklung unmöglich. Das wichtigste Ereignis war die Gründung einer Agitationskommission, welche von je einem Delegierten der 5 Filialen gebildet wird. Obwohl dadurch die Sitzungen durch die entstehenden Reisekosten etwas teurer zu stehen kommen, als in anderen Kommissionen, wo die Mitglieder alle an einem Orte wohnen, so überwiegt der Nutzen aber erheblich. Durch die Berichte der Delegierten aus ihren Filialen ist eine umfassende Lehrengung und Aussprache erst möglich geworden. Beider hat in 3 Filialen ein öfterer Wechsel der Delegierten stattgefunden, wodurch die Arbeiten der Kommission zu leiden hatten. Um dieses in Zukunft zu verhindern und eine fruchtbringende Arbeit zu ermöglichen, ist es besser, wenn die Kommission auf der allgemeinen Bezirkskonferenz gewählt wird. Da die Kommission die Gesamtbewegung zu leiten hat, so ist es auch richtiger, wenn sie durch diese gewählt wird. Sitzungen der Kommission haben in den 6 Monaten ihres Bestehens 5 stattgefunden. In Postfächern gingen aus 48 Briefe und 49 Postkarten. Im Eingang 27 resp. 40. So hat auch in diesem Jahre die oberschlesische Bewegung trotz aller sie ungünstig beeinflussenden Momente nicht nur Stand gehalten, sondern auch eine weitere Kraftigung erfahren, namentlich innerlich. Es ist mit der Gewerkschaftsorgani-

sation wie mit anderen Dingen. Sie fällt nicht fertig vom Himmel; sie will mühselig aufgebaut werden und erfordert viel Selbstzucht und Selbstverleugnung. Wir wollen schließen mit dem Wunsche, daß, wie im vergangenen Jahre die Bewegung durch Hinzukommen neuer und intelligenter Kräfte gefördert wurde, auch im kommenden Jahre die praktische Mitarbeit Gemeingut aller Kollegen wird, da nur auf diesen Wege die Organisation sich zu einer Waffe gestalten kann, um die traurigen oberschlesischen Lohnverhältnisse zu beseitigen.

W. R.

Versammlungsberichte.

Zenz. Am 7. Januar tagte unsere leider sehr mäßig besuchte Generalversammlung. Zunächst wurde die Wahl eines Delegierten zur Generalsversammlung vorgenommen und einstimmig der Kollege Storjohann gewählt. Sodann wurde vom Kollegen Braudt in eingehender Weise der Bericht vom Thüringer Provinzialtag gegeben. Da die auf denselben gegebenen Anregungen bezüglich der Agitation Organisation, Regelung der Geschäftsführung in den einzelnen Filialen u. a. zum größten Teil schon praktisch in unserer Filiale verwendet werden, beschränkte man sich, in der recht lebhaft geführten Diskussion hauptsächlich auf die Erörterung der geplanten Anstellung eines beauftragten Beamten für Thüringen. In Rücksicht auf die kurze Zeit, welche zur Erledigung der Tagesordnung mit noch zur Verfügung stand, wurde die Beschlusssatzung über diese Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung vertagt. Hierauf wird der Bericht vom Gewerkschaftskartell auf Kenntnis genommen. Vom Kassierer wird sodann die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt gegeben und denselben auf Antrag der Revisorin Entlastung erteilt. Nachdem noch, ohne erhebliche Diskussion, der Jahresbericht des Bibliothekars entgegengekommen war, erfolgte die Neuwahl der Verwaltung. Nach einer recht lebhaft geführten Aussprache über die in Frage kommenden Kollegen werden die Kollegen Harz als 1. Vorsitzender, Berndt als 2. Vorsitzender, Storjohann als Kassierer, Müller als Schriftführer, Pöhland und Berndt als Stellvors. gewählt. Das Amt eines Bibliothekars wurde dem Kollegen Albrecht übertragen. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell werden die Kollegen Harz und Storjohann und als Gütekassierer die Kollegen Kuhn und Schmidt gewählt. Nachdem noch der Vorsitzende erklärt, alle, die in der Versammlung laut gewordenen Wünsche bezüglich Gestaltung der Versammlungen u. a. so weit wie angängig, berücksichtigen zu wollen, wird die Versammlung geschlossen.

Magdeburg. In unserer Generalversammlung vom 8. Januar gab der Vorsitzende vorerst das Amtleben des Kollegen Ernst Wille bekannt, was von der Versammlung in üblicher Weise geehrt wurde. Nach Erledigung der Wahl eines Delegierten und da die Anträge zur Generalversammlung in der nächsten Versammlung erledigt und beraten werden sollen, gab Kollege Vorhardt den Jahres- und wegen Erkrankung des Kassierers auch den Kassenbericht. Daraus ist zu entnehmen, daß auch im Jahre 1904 die Filiale gute Fortschritte zu verzeichnen hatte. Der Versammlungsbetrag war im allgemeinen ein zufriedenstellender. Unsere im Frühjahr in Angriff genommene Lohnbewegung endete nach 2½ Wochen mit dem Abschluß einer Tarifgemeinschaft und Anerkennung unserer Forderungen bis auf 2 ½ die Stunde weniger Mindestlohn, wie in unseren Forderungen vorgesehen; jedoch vom 1. April 1905 tritt unsere Forderung voll und ganz in Kraft. Auch kann konstatiert werden, daß die von vielen Seiten gehegten Befürchtungen, welche bei Auflösung des Beirats durch Erhöhung der Beiträge auf 10 und 20 % nicht eingetroffen sind, vielmehr gegen das Jahr 1903 ein Mitgliederzuwachs von 71 Mitgliedern eintrat. Durch die abgeschlossenen Werkstättentafelungen wurden sehr gute Resultate erzielt und hauptsächlich die Agitation gefördert. Ferner ist zu erwähnen, daß der Tarif im allgemeinen von einigen Ausnahmen abgesehen, die aber durch das rechtzeitige Eingreifen der Organisation zur Zufriedenheit geregt wurden, unverändert verbleiben wird. Der Kassenbericht weist bei einer Einnahme von 7154.85 M und 6447.93 M Ausgabe einen Kassenbestand von 706.93 M gegen 247.721 M am 1. Januar 1904 auf. Aufgehalten wurden 18 Mitglieder, 5 öffentliche und 38 Werkstättentafelungen, 24 Vorstandssitzungen, 14 Vorstands- und Kommissionsitzungen. Der Mitgliederbestand am 1. Januar 1904 betrug 240 Mitglieder, am 1. Januar 1905: 311. Es sind 200 Marken insgesamt verkauft 1452, was einem Mitgliederbestand von 279 Mitgliedern mit je 52 Wochenbeiträgen entspricht. Der Vorsitzende fordert die Kollegen auf, im neuen Jahr den Vorstand noch mehr wie im vergangenen Jahr zu unterstützen, um am Jahresabschluß ein noch günstigeres Resultat anzuzeigen, zu können und es in Magdeburg keinen unorganisierten Maler und Unstreicher mehr gäbe. Zur Vorstandswahl lag ein Antrag vor, dem Vertrauensvotum auch zugleich das Amt eines Kassierers zu übertragen, welcher angenommen wurde. Es wurden folgende Kollegen gewählt: H. Lisch, Bevollmächtigter; Vorhardt, Kassierer, Berndt, Vertragsmann, Kleins, Schriftführer, August Möller und Otto Bwing, Beisitzer. Der Punkt, Bewilligung der Kosten, um neben dem Gewerkschaftssekretariat noch ein Arbeitersekretariat zu errichten und pro Jahr und Mitglied 30 M. zu zahlen, wurde angenommen. Ebenso nach lebhafter Debatte die Verhandlung der Lohnkommission mit dem Vorstand der Firma, ein gemeinschaftliches Schiedsgericht zu wählen, welches von jeder Seite mit 3 Mann bestellt wird. Aus der Wahl hierzu gingen die Kollegen Görr, Pulmer und Vorhardt hervor.

Handelsbericht.

Bautenkontrolle in Worms. Am 30. November v. J. wurde von der Bauarbeiterkundskommission eine Revision der Bauten vorgenommen, die folgendes trauriges Resultat ergab. Kontrolliert wurden bei 8 Unternehmen 18 Bauten, darunter 2 Staats- und 2 städtische, die übrigen waren Privatbauten. In 2 Bauten war vorschriftemäßig abgedeckt. 8 Bauten waren mangelhaft, zum Teil gar nicht abgedeckt. Bei 5 Bauten waren Bautüllen vorhanden. Eine war gut, die übrigen nicht vorschriftemäßig. In 18 Bauten befanden sich die Bautüllen im Keller und hatten Zementfußboden. Die Dächer waren zu klein, so daß mehrere Arbeiter ihre Speisen nicht wärmen konnten. 16 Bauten waren mit unvorschriftemäßigem Abort versehen. In 2 Bauten wurde ein Abort gemeinsam benutzt, trotzdem 60 Arbeiter beschäftigt sind. In einem Bau fehlte der Abort ganzlich. In 9 Bauten fehlten die Unfallverhütungsvorschriften. In allen übrigen waren dieselben schlecht und unlesbar angebracht. Verbandstafeln, welche der Vor-

schrift genügen, waren 3 vorhanden, die übrigen waren mangelhaft. Auf einer Baustelle lag Matte ohne Verpackung im Nagelfäusten und das Karbolösöldchen war ohne Korken. Auf verschiedenen Stellen war das Verbandszeug in einer Papiereschachtel untergebracht. In einem Bau war überhaupt nichts vom Verbandszeug vorhanden. Verschiedene Leitern wurden mit aufgenagelten Brocken vor gefunden. Was die Schlaggerüste der Kämmerer, Lachdecker und Spengler anbelangt, so waren dieselben meistens nicht vorhanden; die wenigen, welche vorhanden waren, waren unvorschriftemäßig. Polizeivorschriften fehlten bis auf drei an allen Bauten. Bedauernswert sind die hiesigen Bauhandwerker, weil sie Leben und Gesundheit nicht an sich wissen.

Gerichtliches.

Das Streikpostenstellen zunächst zu verhindern, der Zweck einer Verordnung des Königsberger Polizeipräsidenten, die derzeitig ungültig des vorjährigen Maurenstreiks erlassen hatte. Die Folge davon war eine unerhörte Melastigung der streikenden Männer. Am 10. Mai v. J. hielten die Streikenden eine Versammlung ab, in der das Verhalten der Königsberger Polizei von dem Referenten, dem Maurer Schwarz aus Danzig, zur Sprache gebracht wurde. In dieser Versammlung wurde auch eine von Schwarz verfaßte Resolution angenommen, in der es zum Schlus heißt: „Weiter protestiert die Versammlung ganz entschieden gegen das Verhalten der Behörden den Streikenden gegenüber. Die Versammlung erkläre in den Mahnungen der Polizei eine Partenahme zugunsten der Unternehmer in diesem, den Arbeitern aufgeworfenen Kampf.“ Durch diese Resolution hatte sich der Polizeipräsident von Königsberg beleidigt und gegen Schwarz und Berndt, den Vorsitzenden der Versammlung, Strafantrag gestellt. Beide wurden auch angeklagt und hatten sich nun Ende Dezember v. J. vor der Strafkammer in Königsberg zu verantworten. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Hesse, hatte einen umfangreichen Beweis angebracht, um darzutun, daß die Polizei in der Tat für die Unternehmer Partei ergriffen habe. Interessant waren die Ausführungen des Staatsanwalts, der gegen die Angeklagten die horrende Strafe von je sechs Monaten Gefängnis beantragt hatte. Er führt aus: Die Angreifer in diesem Lohnkampf sind nach meiner Ansicht die Arbeiter gewesen. Die Unternehmer haben sich gewissermaßen in der Notwehr befunden. Die Kostlosheitsfreiheit der Arbeiter ist von keiner Seite angefeindet worden. Aber sie verlangten, wie in so vielen Fällen, den Kostlosheitszwang. Die Polizei war also verpflichtet, den zu Unrecht Angegriffenen Hilfe zu leisten. Dazu gehörte auch die Erlaubnis, Arbeitswillige auf unfertigen Bauten schlafen zu lassen. Bei solch einem Notstand ist die Polizei berechtigt, von ihren eigenen Anordnungen abzuweichen. Die Ausdrücke in der Resolution sind allerdings vorsichtig gewählt, wie Schwarz überhaupt ein vorsichtiger Mann zu sein scheint. Aber ich glaube, die vorlängige Wahl der Ausdrücke kann in diesem Falle kein Milderungsgrund sein; fast möchte ich sagen, im Gegenteil. Schwarz versteht es eben, einen schweren sachlichen Vorwurf in eine milde Form zu kleiden, um seine Person zu schützen. Das Urteil lautete auf Freispruch aus folgenden Gründen: Es handelt sich um eine Falle der Beleidigung. Der erste soll darin liegen, daß Schwarz allgemein gefragt habe, in Königsberg gehe Gewalt vor. Nicht. Hier liegt nur das Zeugnis des Schuhmanns Buchhorn vor, der nicht stenographiert hat und ausgibt, der Zusammenhang könne auch anders sein. Demnach ist die Beleidigung nicht erwiesen. Die zweite Beleidigung soll in der Resolution enthalten sein. Diese ist aber lediglich der Ausdruck der Meinung des in der Versammlung vereinigten Arbeitertums gegenüber den Maßnahmen der Polizei. Sie überschreitet nicht die Grenzen berechtigter Kritik. Die Form ist milde gewählt, so daß auch keine Absicht, zu beleidigen, erkennbar ist. Unter diesen Umständen hatte der Gerichtshof keinen Anlaß, auf die Prüfung der Frage, ob der Wahrscheinlichkeitssatz erbracht sei oder nicht, einzugehen.

Von der gleichen Strafkammer wurde der Malergeschäftsklassen zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Derselbe hatte als Unterlassungen der Filiale Kiel die vereinbarten Gelder unterdrückt. Für die Filialen nahm dies Vorwissen, bei der Auswahl der Gütekassierer die größte Vorsicht walten zu lassen.

Literarisches.

„Im Banne der Versuchung“ im Titel des neuen aus dem wirklichen Leben geschriebenen Romans, mit dem soeben der neue Jahrgang der in Arbeiterkreisen beliebten illustrierten Roman-Bibliothek „In freien Stunden“ beginnt. Neben diesem Hauptroman gelangen zum Abdruck: „Die Mörderin“, eine Geschichte vom Gardasee, in der ein junger Maler seine interessanten Erfahrungen auf einer italienischen Reise schildert, und „Der Pendlar“ von O. Stuppis, der in lebhafter Form, in spannender Handlung voll lebhafter Konflikte, Leben und Kämpfe auf Amerikas Boden schildert.

„Über die Pfaffenherrschaft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts von Emil Rosenow, reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Heft 39 und 40 sind soeben erschienen. In dem letzteren beginnt die interessante Darstellung der Hexenprozesse, jenes furchterlichen Kapitels, menschlichen Wahns und religiöser Verfolgungskunst. In jeder Woche erscheint ein Heft des Werkes, das 50 Lieferungen a 20 M umfaßt und von jeder Buchhandlung bezogen werden kann.

Auf den Arbeiter-Notiz-Kalender für das Jahr 1900 machen wir nochmals aufmerksam. Der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene Kalender ist ein praktisches, brauchbares Nachschlagebuch für alle in der politischen oder gewerkschaftlichen Bewegung tätigen Genossen. Der Preis für den in diegelegtem Etaband gebundenen Kalender beträgt 60 M.

Von der Buchhandlung Vorwärts-Berlin sind soeben zwei neue Broschüren herausgegeben worden: 1. Attentate und Sozialdemokratie von August Bebel, nach einer am 2. November gehaltenen Rede. In dem Nachwort zu der jetzt erschienenen zweiten Auflage ergänzt Bebel das historische Material. Die Broschüre kostet 15 M. 2. Anarchismus und Sozialismus von G. Plechanow, eine allgemeinverständliche Übersetzung der anarchistischen Theorie und Praxis. Der Preis für die Broschüre ist 40 M.